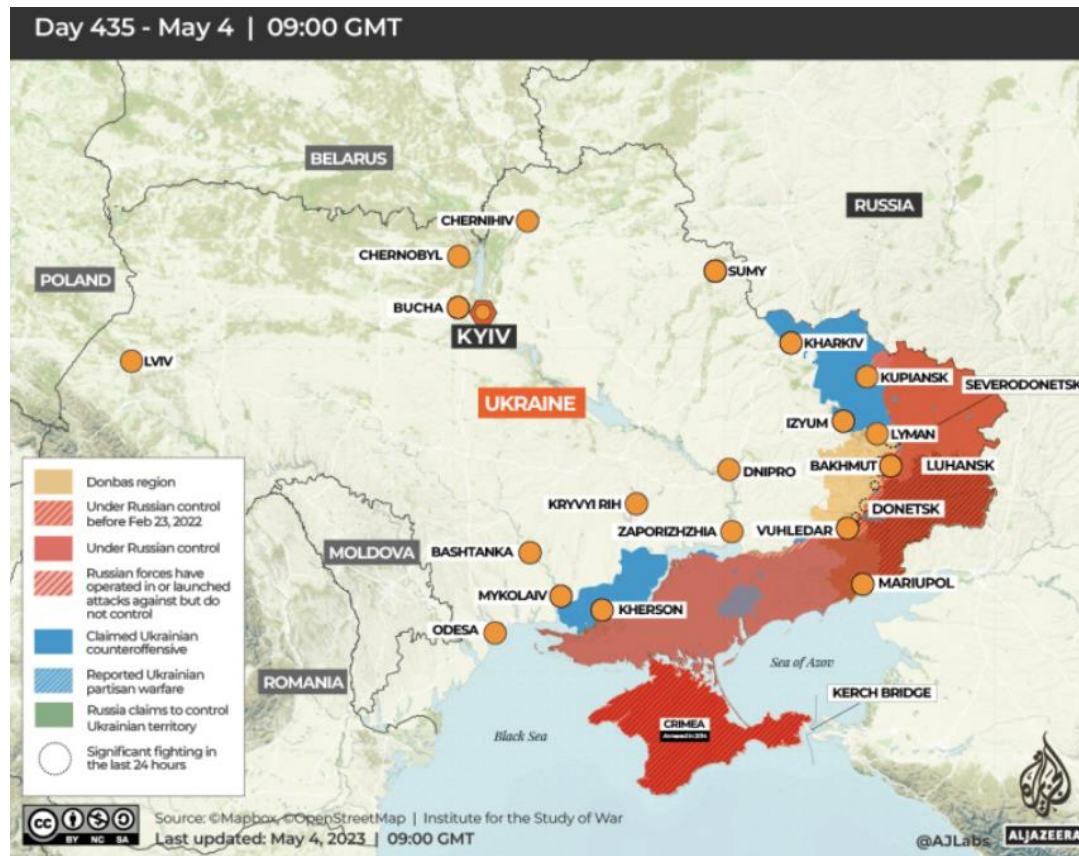


Factsheet Ukraine

Mai 2023



Karte: [Al-Jazeera](#), 4. Mai 2023

1 Facts & Figures

Gesamtbevölkerung: Vor der russischen Invasion im Februar 2022 wurde die Gesamtbevölkerung auf 44,1 Millionen (2020) [geschätzt](#). Ohne die Krim und die besetzten Gebiete von Luhansk und Donezk lag die Bevölkerungszahl bei [37 Millionen](#).

Sprachen: [Die offizielle Sprache ist Ukrainisch](#), sie wird von 72% der Bevölkerung gesprochen. 22% der Bevölkerung sprechen Russisch. Weitere Minderheitensprachen: Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch und Weissrussisch. Das Thema Sprache ist [stark politisiert](#).

Ethnische Zusammensetzung: [Gemäss der Volkszählung von 2001](#) sind 77,8% Ukrainer*innen und 17,3% Russ*innen. Weitere ethnische Minderheiten: Krimtataren 0,5%, Bulgar*innen 0,4%, Ungar*innen 0,3%, Jüd*innen 0,2%, Rom 0,1%. [Minderheitenfragen wurden seit 2014 stark politisiert](#). Es fehlen genaue aufgeschlüsselte Daten.

Religion: Christentum (orthodox und uniert katholisch).

Regierung: [Republik mit einem präsidential-parlamentarisches Regierungssystem](#). Wolodymyr Selenskyj wurde im Jahr 2019 für fünf Jahre zum Präsidenten gewählt.

2 Risikoprofile

Von der Ukraine kontrollierte Gebiete:

- **Personen, die verdächtigt werden, die territoriale Integrität der Ukraine zu untergraben oder die selbsternannten Republiken Donezk oder Luhansk zu unterstützen**, sind gefährdet, [von den ukrainischen Streitkräften](#), regierungsnahen Milizen oder dem ukrainischen Geheimdienst (SBU) [gewaltsam verschleppt, willkürlich festgenommen und misshandelt oder gefoltert zu werden](#).
- **Personen, die der Zusammenarbeit mit einem «Aggressorstaat»**, seiner Verwaltung, seinen Streitkräften oder paramilitärischen Verbänden **schuldig gesprochen wurden**, müssen mit einer [Haftstrafe zwischen 10 und 12 Jahren rechnen](#). Es wurden etwa [2000 Verfahren gegen ukrainische Bürger*innen eröffnet](#).
- **Deserteure und Wehrdienstverweigerer:** [Gesetzlich](#) vorgesehen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahre für Wehrdienstverweigerung und zwölf Jahre für Desertion. Das Recht auf Wehrdienstverweigerung wurde ausgesetzt, und Verweigerer riskieren eine [Freiheitsstrafe](#).
- **Frauen:** insbesondere in den [östlichen](#), vom [Konflikt](#) betroffenen, Teilen der Ukraine [häusliche Gewalt](#).
- **LGBTQI+-Aktivist*innen:** werden regelmässig von rechtsextremen Gruppen [angegriffen](#) und mit Hassreden konfrontiert. [Polizeiliche Untersuchungen von Hassverbrechen verlaufen oft ergebnislos](#).
- **Roma:** Sie waren bereits vor dem Krieg Opfer von [Diskriminierung und Angriffen](#). Eingeschränkter Zugang zu Schutz und Unterstützung in Europa aufgrund von [rassistischer Diskriminierung und fehlender Dokumente \(10-20% sind staatenlos oder von Staatenlosigkeit bedroht\)](#).

Von Russland besetzte/kontrollierte Gebiete:

- **Personen, die verdächtigt werden, pro-ukrainisch zu sein, oder [die sich weigern, mit den russischen Streitkräften zusammenzuarbeiten](#)**, sind gefährdet, in den [von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten](#) [gewaltsam verschleppt, willkürlich inhaftiert, misshandelt oder gefoltert zu werden](#). Davon betroffen sind insbesondere [lokale Beamte*innen](#) und Menschenrechtsverteidiger*innen.
- **Journalist*innen und Medienschaffende:** sind [Belästigungen, Entführungen und physischen Angriffen](#) ausgesetzt.
- **Kinder:** werden Opfer von [Entführungen und illegalen Verschleppungen](#) in die von Russland besetzten Gebiete.
- **Frauen:** sexuelle Gewalt und [Vergewaltigungen durch russische Streitkräfte](#).
- **LGBTQI+-Personen:** In der Region Krim sowie in den Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja, die im September 2022 von Russland annektiert wurden, werden [die russischen Gesetze, die die Propagierung von Homosexualität verbieten](#), angewendet.
- **Zivilpersonen einschliesslich ukrainischer Bürger*innen** werden für die russische Armee [zwangsrekrutiert](#).
- **Aktivist*innen der Krimtataren:** [Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung, Diskriminierung, Stigmatisierung und Zwangsrekrutierung](#) durch die russischen Besatzungsbehörden.
- **Mitglieder religiöser Gruppen oder politischer religiöser Organisationen auf der Krim:** Mitglieder der [Zeugen Jehovas, der Orthodoxen Kirche der Ukraine und Hizb ut-Tahrir](#) wurden Opfer von Verfolgung und Einschüchterung.

3 Jüngste Entwicklungen

Invasion der Ukraine durch russische Streitkräfte im Februar 2022. Nach 14 Monaten mindestens 8600 Zivilist*innen getötet. Der von Russland kontrollierte Teil des ukrainischen Territoriums sinkt infolge der Ende August 2022 begonnenen Gegenoffensive von 24 % auf 16 %. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine begann kurz nach der sogenannten Maidan-Revolution im November 2013, bei der der pro-russische ukrainische Präsident Janukowitsch gestürzt wurde. Die russische [Annexion der Krim im März 2014](#) wurde mit der Verteidigung der Rechte von russischen und russischsprachigen Bürger*innen gerechtfertigt. Im April 2014 wurde von den pro-russischen Separatisten ein [Referendum](#) durchgeführt und [die Unabhängigkeit der «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk ausgerufen](#). Am 21. Februar 2022 anerkennt der russische Präsident [Putin die zwei Separatistenregionen Donezk und Luhansk](#) als unabhängige Staaten und befiehlt den russischen Truppen, dort den «Frieden zu bewahren». Am 24. Februar 2022 [befiehlt Präsident Putin](#) den russischen Streitkräften [die Invasion der Ukraine](#). Die russische Armee nimmt Kherson schnell ein, doch scheitert sie an der Einnahme Kiews. [Mariupol fällt nach mehr als zwei Monaten Belagerung Ende Mai](#), [Severodonezk](#) fällt Ende Juni. Mit einer Ende August in der Region Cherson und später in der Region Charkiw gestarteten [Gegenoffensive](#) können ukrainische Streitkräfte im November [die Stadt Cherson](#) sowie Ende September die Städte [Isjum](#) und [Lyman im Norden zurückerobern](#). Ende September 2022 organisierten die pro-russischen Behörden der ukrainischen Regionen Saporischschja, Cherson, Luhansk und Donezk [Referenden über den Anschluss an Russland, die vom Westen als «Farce» bezeichnet](#) wurden und die mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wurde. Seit November konzentriert sich Russland auf den [Angriff ukrainischer Infrastrukturen zur Energieversorgung](#), um der ukrainischen Bevölkerung den Strom und die Heizung abzustellen. Seit 2023 konzentrieren sich die Kämpfe auf die westliche Grenze von Donbass, insbesondere [Bachmut](#), wo es zu intensiven Kämpfen mit hohen menschlichen Verlusten auf beiden Seiten kommt. Nach 15 Monaten der Kämpfe schätzt das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR), dass der Konflikt mindestens [23'375 zivile Opfer](#) gefordert hat, darunter 8709 Tote und 14'666 Verletzte. Im März 2022 kontrollierten die russischen Streitkräfte [24,4% des ukrainischen Territoriums, im Dezember 2022 waren es noch 16,5%](#).

Mehr als 13 Millionen Menschen vertrieben, davon mehr als 8 Millionen Menschen Flüchtlinge. In der Ukraine gab es bereits vor der jetzigen russischen Invasion etwa [1,5 Millionen Binnenvertriebene](#), die durch die russische Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine vertrieben worden waren. Seit Beginn der russischen Invasion haben fast 13 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. [Davon haben mehr als 8 Millionen Menschen Schutz in Nachbarländern oder anderen europäischen Ländern gesucht](#). Die meisten dieser Flüchtlinge, 3,7 Millionen, wurden von Polen aufgenommen. Laut IOM wurde die [Zahl der Binnenvertriebenen Anfang 2023 auf 5,4 Millionen geschätzt](#) und die Zahl der [Rückgekehrten auf 5,6 Millionen](#), wobei es sich sowohl um Rückgekehrte aus dem Ausland, als auch Binnenvertriebene handelt.

4 Menschenrechtsverletzungen

Blinde Gewalt durch die russischen Streitkräfte seit Februar 2022. Seit Oktober 2022 gezielte Angriffe auf die Infrastrukturen zur Energieversorgung. Bombardierungen von

dichtbesiedelten Gebieten durch ukrainische Streitkräfte. Aufgrund der russischen Invasion im Februar 2022 hat sich die Menschenrechtssituation im ganzen Land stark verschlechtert. Die russischen Streitkräfte setzten grossflächig grosskalibrige Waffen ein, die starke Auswirkungen in besiedelten Gebieten hatte. Die UN dokumentierten unter anderem in Charkiw, Isjum, Tschernihiw, Mariupol, Sumy und Wolnovakha die [grossflächige Zerstörung und Beschädigung von zivilem Eigentum](#), darunter Privathäuser, Wohngebäude, Verwaltungsgebäude sowie medizinische und Bildungseinrichtungen. Seit Oktober 2022 haben die russischen Angriffe auf wichtige Energieinfrastrukturen zu [erheblichen zivilen Verlusten und langanhaltenden Stromausfällen geführt](#), weshalb die Bevölkerung den Winter nur mit grossen Schwierigkeiten überstehen konnte. Die ukrainischen Streitkräfte sollen in den Regionen Donezk und Luhansk [besiedelte Gebiete](#) auf dem von mit Russland verbundenen bewaffneten Gruppen kontrollierten Territorium bombardiert haben. Ihnen wurde auch vorgeworfen, [Zivilpersonen gefährdet zu haben, weil sie in bewohnten Gebieten, unter anderem in Schulen und Spitälern, Militärbasen eingerichtet hätten](#).

Tötungen und Folter von Zivilpersonen durch russische Streitkräfte. Verschleppungen und «Filtrationsprozess». Die UN berichten über angebliche [Tötungen von Zivilpersonen durch die russischen Streitkräfte](#) aufgrund des Konflikts in den Regionen Tschernihiw, Kyiw, Charkiw, Cherson, Luhansk, Sumy und Saporischschja. Es wurde auch von Fällen von Verschwindenlassen und willkürlichen Festnahmen in den durch Russland besetzten Gebieten berichtet, darunter Medienschaffende und Menschenrechtsverteidiger*innen. [HRW](#) und [Amnesty International](#) bestätigen, dass es bei Zivilpersonen in den von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten von Kiew und Tschernihiw zu summarischen Hinrichtungen, Folter und anderen schweren Gewaltverbrechen, die als Kriegsverbrechen gelten, kam. [In Kherson wurden auch Folterzentren entdeckt](#). Zivilpersonen werden in [«Filtrationslagern»](#) erniedrigenden Identitätskontrollen und gewalttätigen Verhören unterzogen. [HRW](#) und [AI](#) haben auch Verschleppungen von ukrainischen Zivilpersonen, unter anderem von Menschen, die vor den Kriegshandlungen geflohen sind, sowie von [Kindern](#), nach Russland und in von Russland kontrollierte Gebiete, dokumentiert.

Tötungen und Verstösse gegen Zivilpersonen durch ukrainische Streitkräfte. Den ukrainischen Streitkräften wird vorgeworfen, [Zivilpersonen, von denen angenommen wird, dass sie den russischen Streitkräften angehören oder diese unterstützen, getötet zu haben](#). Es kam zu Fällen von Folter und Misshandlung von Zivilpersonen, Polizist*innen und Mitgliedern der Territorialverteidigungskräfte gegen Zivilpersonen, die in dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet als pro-russisch betrachtet werden. Zwischen August 2022 und Januar 2023 hat die UN Fälle von [Verschwindenlassen, willkürlichen Inhaftierungen und Misshandlungen](#) dokumentiert, die von den ukrainischen Streitkräften und Ordnungskräften verübt worden waren, insbesondere gegen Personen, die verdächtigt werden, mit den russischen Streitkräften zu kollaborieren.

5 Praxis der Schweizer Behörden

Schutzstatus S seit 2022. Seit dem 11. März 2022 erhalten aus der Ukraine Geflüchtete in der Schweiz den [Schutzstatus S](#). Mit diesem Status erhalten sie eine rasche Aufnahme, ohne das ordentliche Asylverfahren zu durchlaufen. Der Status gilt, bis ihr Schutzbedarf entfällt. Es handelt sich um eine befristete humanitäre Aufnahme von Gruppen, bei denen die Flüchtlingseigenschaft nicht überprüft wird. Im November 2022 entschied der Bundesrat, den [Status S bis mindestens zum 4. März 2024 zu verlängern](#).